

06.12.2011 - 22:00 Uhr

Kommentar zu Auto / VW / EU*Osnabrück (ots) -*

EU-Bürokraten müssen aufwachen

Sicherlich: Bringt die EU-Kommission das VW-Gesetz zu Fall, fährt Volkswagen nicht gegen die Wand. Doch mittelfristig könnte der Einfluss des Landes Niedersachsen auf Europas größten Autobauer schwinden. Und das wäre langfristig von Nachteil, für das Bundesland, für Deutschland und die Beschäftigten weltweit.

Deshalb ist es richtig, dass die Belegschaft von Volkswagen ihre Stimme erhebt. Die Brüsseler Bürokraten müssen aufwachen. Das Ansehen der europäischen Institutionen hat unter der Euro-Krise ohnehin schon genug gelitten. Da ist es wenig hilfreich, wenn die EU-Kommission eines der weltweit erfolgreichsten Geschäftsmodelle attackiert, nur damit windige Finanzinvestoren eines Tages bei Volkswagen die Rendite einstreichen können. Den neuen VW-Standort in Osnabrück und die sozialen Spitzenstandards für die Stammebelegschaft würde es heute wohl kaum geben, wenn das Land Niedersachsen und die Gewerkschaft nicht ihre Interessen verantwortungsvoll durchgesetzt hätten.

Dass Ministerpräsident McAllister Brüssel schon frühzeitig einen Protestbrief geschickt hat, war richtig. Jetzt muss sich auch Kanzlerin Merkel einschalten. Beim EU-Gipfel zur Euro-Rettung sollte sie hinter den Kulissen Tacheles reden. Für die extrem marktliberale EU-Kommission wäre es ohnehin sinnvoll, sich stärker an der VW-Philosophie zu orientieren. Mehr soziale Marktwirtschaft täte Europa gut.

Kontakt:

Neue Osnabrücker Zeitung
Redaktion

Telefon: +49(0)541/310 207

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100050548/100709606> abgerufen werden.